

## Individuelle Rechte oder öffentliche Gesundheit? Covid-19 als Beispiel für den Bedarf einer Neujustierung der Public Health-Ethik

Andreas Wolkenstein (LMU München)

### Abstract

Die Covid-19-Pandemie hat einen Konflikt ins öffentliche Bewusstsein gerückt, der in der Medizin- und Public Health-Ethik viel diskutiert wurde, bislang in dieser Form aber wenig praktische Relevanz erlangte: den Konflikt zwischen individuellen Rechten auf der einen Seite und den nötigen Eingriffen in diese Rechte *zum Schutz der öffentlichen Gesundheit* auf der anderen Seite. Obgleich es scheint, als hätten liberale Demokratien die Balance zwischen den Rechten des Einzelnen und den Interessen der Gemeinschaft längst gefunden, zeigt die gegenwärtige Pandemie, dass dies keineswegs als gesichert gelten kann. Mit Blick auf mögliche „weitere Wellen“ von SARS-CoV-2-Infektionen und auf die zunehmend kontrovers geführte Debatte um Lockerungen des Lockdowns ist die Klärung und normative Fundierung dieses Verhältnisses dringend nötig. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele Vertreter der Public Health-Ethik die Auffassung vertreten, dass die öffentliche Gesundheit – im Gegensatz zur individuellen Gesundheit, die zwischen Arzt und Patient verhandelt wird – ein anderes Paradigma zur ethischen Rechtfertigung bedarf als es der Liberalismus mit der starken Betonung individueller Rechte liefern kann. Alternativ werden gemeinschaftsorientierte normative Theorien wie der Kommunitarismus vorgeschlagen.

Ist es angesichts dieser Entwicklungen also an der Zeit, die Idee individueller Rechte, die zentrale Bedeutung der Autonomie und andere Elemente einer *liberalen* Public Health zu verabschieden? Sollten wir anerkennen, dass für die öffentliche Gesundheit die zentralen Einsichten des Liberalismus nicht taugen, damit alternative Begründungsprojekte verfolgt werden können? Die Versuchung liegt nahe, denn die Versprechen der Konkurrenz zum Liberalismus sind verlockend: Mit der Abkehr vom Individualismus wären Maßnahmen der Pandemiebekämpfung viel leichter begründbar. Und auch andere Ziele der öffentlichen Gesundheit ließen sich leichter rechtfertigen und ggf. auch umsetzen: Von der Prävention kardio-vasculärer Erkrankungen über die Reduktion von Zucker in Lebensmitteln bis hin zur Eindämmung von umweltbezogenen Erkrankungen.

In diesem Projekt wird nun der Versuch unternommen, erste Vorarbeiten für eine *liberale Basis für die Public Health-Ethik* zu entwickeln, die auf der einen Seite an der zentralen Bedeutung individueller Rechte festhält, auf der anderen Seite aber auch der Gemeinwohlorientierung bevölkerungsbezogener Interventionen einen angemessenen Stellenwert einräumt. Gerade für die Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie lassen sich aus dieser autonomie-fokussierten Ethik wichtige Einsichten in das Pandemiemanagement gewinnen, indem individuelle Rechte als Rahmen für politische Maßnahmen konzipiert werden. Zugleich jedoch sollen die Gründe und Motive nicht-liberaler Konzeptionen der Public Health-Ethik aufgegriffen werden, um so zu einem integrativen Ansatz zu gelangen. Dies geschieht durch Rückgriff auf den Ansatz *des Neo-Republikanismus*, einer politischen Philosophie, die das Potential dazu hat, als Brücke zwischen den oben genannten konfligierenden Grundpositionen zu fungieren:<sup>1</sup> Zwar werden individuelle Rechte und Autonomie ins Zentrum gerückt, die besondere Bedeutung der Gemeinschaft wird aber nicht bestritten, sondern

---

<sup>1</sup> Diese Strömung hat nichts mit den realpolitischen Parteien gleichen Namens gemein, sondern bezeichnet eine Tradition politischen Denkens, die in der Renaissance ihren Ausgang nimmt und sich „durch einen emphatischen Bezug auf die politische und soziale Freiheit der Bürger, politische Partizipation sowie eine Ausrichtung politischer Herrschaft am Gemeinwohl definiert“ (Schink 2011, S. 109).

durch Theorieelemente wie einen starken Freiheitsbegriff (Freiheit als Nicht-Dominierung) adressiert. Um die konfligierenden Grundpositionen auf diese Weise zu integrieren, müssen neo-republikanische Ansätze in der Public Health-Ethik jedoch gründlich aufgearbeitet und einer Neuinterpretation unterzogen werden, wie ein Blick in den Stand der Forschung zeigt.

Ein Blick in die bisherige Forschung zeigt, dass die Public Health-Ethik in nahezu konstitutiver Weise durch eine Ablehnung des autonomie-orientierten Liberalismus gekennzeichnet ist. Dies steht im Kontrast zur weithin akzeptierten liberalen Grundeinstellung der politischen Philosophie allgemein und des Selbstverständnisses heutiger Demokratien. Bislang fehlen ausgleichende Ansätze, die neue Einsichten bringen und vor allem Lösungen für aktuelle Probleme aufzeigen können. Die akademische Debatte um die politische Philosophie des Neo-Republikanismus hat dessen grundsätzliche Anwendbarkeit auf die Public Health nachgewiesen. Offen bleibt aber, ob sich die vermeintlichen Kontrahenten – Liberalismus und Neo-Republikanismus – wirklich als solche verstehen lassen müssen. Der Hinweis von Nielsen (2011) auf die Nähe beider Positionen sollte indes noch schärfer in den Blick genommen werden. Er behauptet, auch der Neo-Republikanismus benötige letztlich eine Vorstellung individueller Rechte, um eine Tyrannei des *common good* zu verhindern, und verortet diesen Ansatz daher im Liberalismus. Demgegenüber soll in dem vorliegenden Forschungsprojekt untersucht werden, ob sich der Neo-Republikanismus nicht auf institutionell-prozeduraler Ebene als Brücke zwischen liberalen und kommunitaristischen Ansätzen verstehen lässt. Dies stellt ein Desiderat der bisherigen Forschung dar, die den Neo-Republikanismus, so die These, zu einseitig diskutiert.